Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen

Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 RM. Einzelne Nummern 15 Pf.
Schriftleitg. u. Geschäftsstelle Dresden-A. 1, Gr. Zwingerstr. 16. Ruf 14 574 u. 21 295.
Postscheck-Konto Dresden 2486 / Staatsbank-Konto 674.

Anzeigenpreise: 32 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile oder deren Raum 35 Pf., 66 mm breit im amtlichen Teile 70 Pf., Reklamezeile 1 RM.
Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten und Stellengesuche.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Ziehungsliste der Staatsschuldenverwaltung, Holzpflanzen-Verkaufsliste der Staatsforstverwaltung.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberregierungsrat Hans Block in Dresden.

Nr. 49 | Dresden, Sonnabend, 27. Februar | 1932

Die Mißtrauensanträge gegen das Kabinett Brüning abgelehnt.

Der Reichstag hat sich vertagt.

Sitzung des Reichstages vom 26. Februar
(Fortsetzung des Berichts aus Nr. 48).

Abg. Neubauer (Komm.)

sagt dem Kanzler Dank für seine gestrige Rede. Der Kanzler habe damit die ganzen Phrasen der Sozialdemokraten von dem kleineren Übel widerlegt.

Während der Ausführungen des kommunistischen Redners nimmt Vizepräsident Graef-Thüringen den Präsidentensitz ein, eine Tatsache, die im Hause deswegen viel beachtet wird, weil seit dem ersten Auszug der Nationalsozialisten und Deutschnationalen der deutschnationale Vizepräsident sich nicht mehr an der Verhandlungsleitung bei den Reichstagssitzungen beteiligt hatte.

Als Präsident Löbe das Präsidium wieder übernimmt und dem Abg. Dr. Weber (Staatsp.) das Wort erteilt, verlassen die meisten Deutschnationalen und Nationalsozialisten den Saal.

Abg. Dr. Weber-Potsdam (Staatsp.)

erklärt, er wolle seine Behauptung beweisen, daß **die Nationalsozialisten auf dem Wege des politischen Mordes vorgegangen**

seien. Die ersten großen politischen Morde in Deutschland, die Morde gegen Erzberger und Rathenau, seien von rechtsradikaler Seite begangen und von den Nationalsozialisten verherrlicht worden. Nach der Feststellung eines deutschen Gerichts sei ein Landarbeiter, der fälschlich des Waffenverrats an die Polizei beschuldigt war, im Jahre 1920 durch zwei Pistolenschüsse hingemordet worden. Der zu fünf Jahren verurteilte Täter sei nach der Bekanntgabe des Urteils aus der Nationalsozialistischen Partei ausgeschlossen worden, aber heute sei er

Fraktionsmitglied der Nationalsozialistischen Reichstagsfraktion (Rufe: „Das ist Hermes!")

In der nationalsozialistischen Presse und von den nationalsozialistischen Führern werde die politische Gewalttat glorifiziert. Am 1. Juli 1931 schrieb der „Angriff":

„Man soll das rote Mordpackzeug mit Handgranaten und Maschinengewehren von den Straßen verrreiben."

(Hört, hört!)

Am 22. Oktober 1929 führte der nationalsozialistische Führer Dr. Telschow in einer Versammlung in Neuhaus aus: „Wir werden den Kampf mit allen Mitteln führen. Im Kampf gibt es Leichen. Wenn es gegen den jüdischen Hanhagel geht, schreiten wir auch über Gräber."

Dr. Goebbels hat am 16. Januar 1931 im Kriegervereinshaus in Berlin gesagt: „Die Spannung und Empörung in unseren Reihen ist bis zur Siedehitze gestiegen. Vielleicht findet sich darunter einmal einer, der seine persönliche Ehre identifiziert mit der Ehre der Partei und sie in der Weise, wie es ihm seine Ehre gestattet, wiederherstellt. Ich fordere nicht dazu auf, aber was der einzelne tut, können wir nicht kontrollieren". (Hört, hört! — Rufe links: „So feige verstecken sich die Hetzer!") In der Dienstvorschrift der nationalsozialistischen Sturmabteilung wird von „blutiger Saalschlacht und vom Auseinanderjagen von Marxistenhaufen mit blutigen Schädeln" gesprochen. In einem bekannten Sturmlied dieser Sturmabteilung lauten die letzten Strophen:

„Wenns Judenblut vom Messer spritzt,
Dann gehts noch mal so gut . . .
Die Juden und Marxisten, die bringen uns kein Heil.
Den Tebering und Genossen erschlagen wir mit dem Beil
Blut muß fließen knöppeldick.
Wir pfeifen auf die Freiheit der Judenrepublik.

Die Verlesung dieses Liedes wird von der Linken mit stürmischen Pfui-Rufen begleitet. Der Redner erklärt zum Schluß, gegen diese Mordhetze einer Partei, die sich „national" nennt, müsse mit den schärfsten Mitteln vorgegangen werden (Beifall links.)

Abg. **Geschke** (Komm.) ruft: Herr Groener, was sagen Sie zu Ehren des jüngsten Rekruten? Ein Hundsfott, wer diese Mörder nicht in die Reichswehr aufnimmt. (Heiterkeit b. d. Komm. — Präsident Löbe ersucht um Ruhe.)

Abg. Schulze-Stapen (Dnat.)

bedauert, daß die Ernährungsfrage in der Aussprache nicht genügend Beachtung gefunden habe. Für die Zukunft muß man die stärksten Befürchtungen haben. Die Nahrungsfreiheit aus deutscher Erde muß sichergestellt werden. Die landwirtschaftlichen Unternehmer bedürfen der Staatshilfe. Die reichsten Böden Deutschlands sind produktionsunfähig geworden. Tatkraft und Unternehmungslust sind gelähmt. Eine falsch eingestellte Handelspolitik mit dem System der allgemeinen Meistbegünstigung hat gleichzeitig mit einer unerträglichen Steuer- und Zinsbelastung die Landwirtschaft ruiniert. Die Maßnahmen zur Entschuldung der Landwirtschaft sind eine unvollkommene Nachahmung des abgelehnten Hapenberg-Planes und kommen ein Jahr zu spät. Das sogenannten Hindenburg-Kabinett hat die Landwirtschaft bitter enttäuscht. Das Kabinett Brüning hat trotz Schiele und Schlange die deutsche Landwirtschaft in den Abgrund geführt. Die vordringlichste Aufgabe der kommenden Regierung muß sein, den Osten zu besiedeln. Vorbedingung aber für jede Siedlung ist die Herstellung der Rentabilität der Landwirtschaft. In der Binnenwirtschaft, im Binnenmarkt liegt die Hoffnung der Zukunft. Das Kabinett Brüning muß abtreten.

Abg. Griespien (Soz.)

wendet sich gegen nationalsozialistische Angriffe wegen seiner Stellung zu Deutschland. So wie die deutschen Kleinstaaten keinen Krieg mehr gegeneinander führen werden, so werden die verschiedenen europäischen Staaten sich einmal zu einer Einheit zusammenschließen. Weder Lug noch Trug werden den Nationalsozialisten helfen. Sie gehörten auf den Kehrichthaufen. Der Redner erklärt, kein anständiger Mensch könne seine so oft zitierte Äußerung dahin auslegen, daß er dem Arbeiter die Liebe zum Vaterland abspreche. Er stehe auf dem Standpunkt des ermordeten Jaurès, daß jede Nation ein Schatzhaus der Kultur sei, daß aber alle Völker sich zu einem großen Menschheitsreich zusammenschließen müßten.

Abg. Dr. Rosenfeld (SozArbP.)

wirft den Sozialdemokraten vor, sie hätten den Aushungerungsfeldzug gegen die Werktätigen mitgemacht. Das werktätige Volk müsse Thälmann wählen.

Abg. Dr. Föhr (Ztr.)

kommt auf die Ausführungen des nationalsozialistischen Abg. Rosenberg zurück wegen einer Äußerung des „Badischen Beobachters" über ein Ostlocarno und erklärt: die Übertragung der in Locarno getroffenen Bestimmungen bezüglich der Westgrenzen auf den Osten kommt für uns, abgesehen von gefühlsmäßigen Gründen, aus nationalen und realpolitischen Gründen nicht in Frage, und ist auch vom Gesichtspunkt der historischen Ereignisse vollkommen untragbar. Selbstverständlich können wir auf eine Revision der Ostgrenzen nie verzichten. (Die natsoz. Abg. Ley und Florian erhalten Ordnungsrufe). Unter lauten Hört! Hört!-Rufen und dauernden Zwischenrufen verliest der Redner

Ausführungen Hitlers über Südtirol.

Jeder muß anerkennen, daß die deutsche Außenpolitik in der Reparationsfrage ungeheure Fortschritte gemacht und der Befreiung unseres Volkes gedient hat. Die Sprache Brünings ist dem Ausland gegenüber und in diesem Hause die gleiche. Die ganze Zentrumspartei steht in unverbrüchlicher Treue zum Kanzler, zu seiner Politik und zum Reichspräsidenten.

Abg. Lucke (Wirtschaftsp.)

wendet sich gegen die Behauptung, der Kanzler hätte die Stimmen der Wirtschaftspartei am 16. Oktober 1931 nur bekommen, als er in letzter, entscheidender Stunde einen Scheck über 500000 M. für die Deutsche Mittelstandsbank ausgehändigt hätte. Auf die Bitte der Wirtschaftspartei habe der Kanzler schriftlich bestätigt, daß an dieser von dem Abg. Feder (Natsoz.) aufgestellten Behauptung kein wahres Wort sei und daß sie in allen Teilen frei erfunden sei. Wenn weiter insbesondere der deutschnationale Abg. Schmidt (Berlin) behauptet habe, die Wirtschaftspartei hätte ihre politische Stellung zur Regierung von der Zahlung von 60 Millionen abhängig gemacht, so sei darauf hinzuweisen, daß gegen den Abg. Schmidt Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet worden sei. Auch hierzu habe die Reichsregierung eindeutig erklärt, daß alle derartigen Behauptungen völlig aus der Luft gegriffen seien. Wer nochmals außerhalb oder innerhalb des Reichstages behaupte, die Wirtschaftspartei hätte ihre Abstimmung zugunsten des Kabinetts von finanziellen Zugeständnissen direkt oder indirekt in irgendeiner Art abhängig gemacht, sei ein erbärmlicher Ehrabschneider und gewissenloser Verleumder.

Abg. Dr. Marx (Z.)

erklärt, wenn an Hand von Zitaten auch aus der Zentrumspresse versucht worden sei zu beweisen, das Zentrum hätte seinen Standpunkt gegenüber der Person Hindenburgs geändert, so sei dem entgegenzuhalten, daß diese Zitate aus dem Zusammenhang gerissen worden seien und deshalb nicht als beweiskräftig anerkannt werden könnten. Selbst wenn einzelne darunter richtig wären, könne man die Partei des Zentrums nicht dafür verantwortlich machen, da sie nicht die Haftung für alle Äußerungen in ihren Blättern übernehmen könne. Was die Partei zu verantworten habe, sei das, was er als Kandidat vor der Reichspräsidentenwahl gesagt habe. Der Redner betont, er habe damals auf seiner Versammlungsreise in Königsberg in wärmster Anerkennung Hindenburgs Verdienste um die Rettung Ostpreußens aus schwerer Kriegsgefahr hervorgehoben und unmittelbar nach der Wahl ein herzlich gehaltenes Glückwunschtelegramm an Hindenburg gerichtet. Damit sei der Beweis dafür erbracht, daß man

solche Wahlkämpfe auch ritterlich und ehrenhaft

ausfechten könne. Das Zentrum habe Hindenburg stets als einen Mann vorbildlicher Pflichttreue und Hingabe an das Vaterland geschätzt, und er habe hierin seine Meinung nicht zu ändern brauchen. Mit Recht habe sich Hindenburg bei Empfang des Arbeitsausschusses und der Hindenburg-Ausschüsse als den „Treuhänder des ganzen deutschen Volkes, nicht als den Beauftragten einer Partei oder einer Parteigruppe" nennen können. Dr. Marx hebt hervor, daß seine Zusammenarbeit als Kanzler mit dem Reichspräsidenten von 1926 bis 1928 ungetrübt gewesen sei. Aber schon damals hätten manche, die sich als treue Freunde Hindenburgs betrachteten, und als solche auch von ihm geschätzt worden seien, wegen seiner allen staatlichen Notwendigkeiten Rechnung tragenden und einem engen Parteistandpunkt abholden Einstellung nicht verstanden. Das Zentrum trage wahrhaftig keine Schuld daran, wenn jetzt Zerrissenheit der Volkskräfte bei der Wiederwahl festzustellen sei. Umso mehr habe es Grund, mit aller Entschiedenheit auch dagegen Protest zu erheben, daß der konfessionelle Kampf entfacht werde und daß man dem Zentrum staatsfeindliche Gesinnung vorwerfe. Das Zentrum stehe zu Hindenburg, weil er Volkskandidat und nicht Kandidat einer Partei sei. (Beifall im Zentrum.)

Bevor die Aussprache fortgesetzt wird, erklärt Abg. **Jadasch** (Komm.), er habe soeben ein Telegramm erhalten, wonach den bei dem Unglück auf der Karsten-Zentrumsgrube in Oberschlesien geretteten sieben Bergleuten die Auszahlung des tarifmäßigen Lohnes für die unter Tage zugebrachte Zeit verweigert worden sei. (Widerspruch des Abg. Dr. Kleiner [Dnat.]). Der Redner beantragt daher u. a., daß diese Entlohnung doch erfolgt und den geretteten Bergleuten ein achtwöchiger Erholungsurlaub gewährt wird. (Erregte Auseinandersetzungen b. Komm. mit dem Abg. Dr. Kleiner, der u. a. zuruft: „Das ist nur eine üble Parteiagitation!" — „Bei einer Feier zur Ehrung der Rettungsmannschaften hat ja der Vorsitzende des Betriebsrats der Verwaltung seinen besonderen Dank für ihre Hilfsmaßnahmen ausgesprochen!" — Lärm b. d. Komm.)

Über den Antrag wird später entschieden.

Abg. Dr. Everling (Dnat.)

bezeichnet die Tatsache der Übertragung der gestrigen Brüning-Rede im Rundfunk als typisch für die mangelnde Ehrlichkeit des Systems. Gegen den Pessimismus des Volkes könnten nur die Erfolge eines neuen Mannes und eines neuen Kabinetts helfen. Schon 1930 habe der Kanzler die Steuern senken, die Arbeitslosigkeit verringern und den Artikel 48 möglichst wenig zur Anwendung bringen wollen. Statt dessen seien heute drei Steuerwellen zu verzeichnen, 3½ Millionen Arbeitslose mehr und etwa 150 Notverordnungen.

Die ganze Verfassung sei hohl wie ein ausgehöhlter Baum.

Der Parlamentarismus sei erledigt, seit der Reichstag nur alle halben Jahre zusammenkommen dürfe, um Notverordnungen zu bestätigen, Mißtrauensvoten abzulehnen und sich selbst zu vertagen. Die Ausnahme des Art. 48 sei zur Regel geworden. Infolge ihrer Abhängigkeit von der Sozialdemokratie habe die nichtmarxistische Regierung auf allen Gebieten der Politik die Wünsche des Marxismus ausgeführt. Der Parlamentarismus sei zur Farce geworden. Die Bemühungen des Kanzlers, wenigstens hinsichtlich der Pressefreiheit Gerechtigkeit walten zu lassen, seien gescheitert. Aber wenigstens für die Wahlzeit solle man die Pressefreiheit wieder herstellen. Sei es ritterlich, gegen einen gefesselten Gegner zu fechten? Erfreulicherweise habe sich der Kanzler gegen die Gemeinschaft mit den 9. November gewehrt. Es sei bezeichnend, daß seine Umgebung versucht habe, diese Stelle später zu ändern. Brüning sei der Gefangene des Systems geworden. Auch den greisen Feldmarschall habe man zum Gefangenen des Systems gemacht. Diejenigen, die ihn früher schmähten, verkröchen sich jetzt hinter seinem großen Namen. Das heutige System, so schließt der Redner, ist nur noch eine hohle Schale. Was fällt, soll man noch stoßen! Darum, Herr Reichskanzler, geben Sie den Weg frei: das nationale Deutschland will durch!

Abg. Dr. Frick (Natsoz.)

beantragt Herbeirufung des Reichsfinanzministers, der den Ausführungen des Abg. Reinhardt (Natsoz.) zuhören solle. — Der Antrag wird abgelehnt. — Im gleichen Augenblick aber erscheint unter großer Heiterkeit Minister Dietrich im Saale und nimmt an der Ministerbank Platz.

Abg. Reinhardt (Natsoz.)

zieht Vergleiche zwischen Versprechungen, die von der Regierung früher vor Annahme des Youngplanes und der einzelnen Notverordnungen gemacht worden seien, und den Zuständen, wie sie sich im Zeichen der Notverordnungen auf wirtschaftspolitischem Gebiete herausgestellt hätten. Niemals seien die Versprechungen in Erfüllung gegangen, es sei sogar das Gegenteil eingetreten. Wo sei die Steuersenkung geblieben, von der der Reichsfinanzminister fünf Tage vor Annahme des Youngplanes erklärt habe, daß es der Regierung bitter ernst um sie zu tun sei? Die Notverordnung vom Juni 1930 habe nach ausdrücklichen Feststellungen der Regierung die letzte sein sollen, und dennoch seien weitere tiefeinschneidende Notverordnungen erlassen worden. Im Januar 1931, als es 4,3 Millionen Arbeitslose gegeben habe, habe der Minister in Stuttgart erklärt, ein System, das mit diesen Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkte nicht aufräumen könne, sei dem Untergange geweiht. Heute hätten wir 6½ Millionen Arbeitslose. (Hört, hört! rechts.) Die Umsatzsteuer habe im Januar 1931 bei 0,85 Proz. 91 Millionen, im vergangenen Monat selbst bei 2 Proz. nur noch 76 Millionen erbracht. (Lebhaftes Hört, hört! rechts.) Das deutsche Volk spricht dieser Regierung das schärfste Mißtrauen aus und fordert, daß sie nicht länger im Amte bleibt.

Abg. Dr. Spahn (Dnat.)

äußert angesichts der neuesten Meldungen über die Genfer Abrüstungskonferenz die Befürchtung, daß die deutsche Abordnung dort eine Haltung einnimmt, die mit dem in der ersten Rede des Kanzlers vertretenen Standpunkt nicht vereinbar sein werde. (Auf den Zwischenruf des Abg. Erfing (Z.): „Wie haben Sie sich vor dem Einzug der Franzosen in Straßburg verhalten?") richtet der Redner unter großer Unruhe auf der Rechten an den Zwischenrufer die Forderung, diese Anklage zu formulieren. (Abg. Erfing (Z.): Vor dem Einmarsch der Franzosen haben Sie Straßburg als einer der Ersten verlassen! — Lebhafte Rufe rechts). Ich habe, so erwidert der Redner, so lange es überhaupt nur möglich war, an der Universität Straßburg meine Pflicht erfüllt. Ich habe dort zehn Jahre hindurch meinen Dienst getan. Es scheint fast so, als wenn Sie (zum Zentrum) wünschten, daß ich mich den Franzosen ausgeliefert hätte. (Abg. Schmidt-Hannover (Dnat.) zum Z.: Sie werden sich mit Ihrem Zwischenruf einen schlechten Dienst geleistet haben!) Ich fordere den Abg. Erfing auf, unter Verzicht auf seine Immunität vor Gericht den Wahrheitsbeweis für diese Beschuldigung anzutreten. Ich bezeichne das als eine ganz besonders gemeine und persönliche Kampfesform des Zentrums. (Unruhe im Z. — Der Redner erhält einen Ordnungsruf). Der Redner nennt es weiter bedauerlich, daß nicht das ganze Haus einmütig Einspruch gegen die litauischen Gewalttaten erhoben habe. Am 13. März gehe es um die Wahrung von Würde, Ehre und Freiheit des Volkes.

Reichsfinanzminister Dietrich

wendet sich gegen einen Zuruf, in dem behauptet worden war, die Regierung habe sich von den Banken hereinlegen lassen. Von einer Hereinlegung der Reichsregierung könne nur jemand sprechen, der sich mit dem Problem überhaupt nicht befaßt hat. Seit dem 13. Juli hat es sich nur noch darum gehandelt, durch Zusammenarbeit zwischen Reichsregierung und Reichsbank die völlige Rekonstruktion des Bankwesens in die Wege zu leiten. Ohne eine Rekonstruktion des Bankwesens konnte auf die Dauer die deutsche Wirtschaft nicht betrieben werden. Das Reich ist nicht eingesprungen, weil die Banken einen Druck auf uns ausgeübt hätten, sondern weil wir genötigt waren, die Banken als notwendiges Instrument unserer Wirtschaft wieder in Ordnung zu bringen.

Der Minister gibt im übrigen die aus dem amtlichen Presse-Kommuniqué über die Bankenrekonstruktion bereits bekannten Zahlen über die finanziellen Leistungen des Reiches nochmals bekannt. Er betont, wenn es nicht möglich gewesen sei,

SLUB
Wir führen Wissen.